



Wahlprüfsteine 2017

des Trägerkreis Rüstungskonversion Jena und der Initiative für einen Thüringer Rüstungskonversionsfonds

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24.09.2017 baten wir die Direktkandidaten der Parteien CDU, DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und FDP uns ihre Position zu folgenden Fragen darzustellen:

1. Wie stehen Sie zur geforderten Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsproduktes?
2. Wie stehen Sie zu Rüstungsexporten in Spannungsregionen und in Staaten, die Menschenrechte verletzen?
3. Sind Sie bereit, in konkreten Fällen aktiv an zivilen Konfliktlösungen zu arbeiten?
4. Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass Firmen, die Rüstungsgüter produzieren, Anreize bekommen, auf zivile Produktion umzustellen?

Gemeinsame Antwort der Direktkandidaten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen:

- **Katrin Göring-Eckardt, WK 193**
- **Roberto Kobelt, WK 196**
- **Stephanie Erben, WK 195**
- **Andreas Leps, WK 194**
- **Andreas Hundermark, WK 190**
- **Matthias Schlegel, WK 192**
- **Stephanie Kespohl, WK 189**
- **Olaf Müller, WK 191**

1. Für uns haben die Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und internationalen Klimaschutz Vorrang. Wir lehnen eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts und ein neues Wettrüsten ab. Mehr Sicherheit ist nicht durch weitere enorme Steigerungen der Verteidigungshaushalte in allen NATO-Staaten zu erreichen. Diese sind sicherheitspolitisch nicht begründet. Dort wo es Lücken bei der Ausstattung der Bundeswehr gibt, müssen diese priorisiert werden. Wir wollen eine klare Orientierung der Ausgaben an den konkreten Aufgaben und keine Industriepolitik.
2. Rüstungsexporte in Spannungsgebiete und Staaten, die Menschenrechte verletzen, sind nach den geltenden „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ grundsätzlich unzulässig. Dass inzwischen der Export in Staaten außerhalb der NATO und EU die Regel ist und immer wieder Waffen in Krisenregionen und an autoritäre Staaten exportiert werden, ist für uns der Beleg, dass die unverbindlichen Grundsätze so nicht länger bestehen können. Wir wollen deshalb ein strenges Rüstungsexportkontrollgesetz, das gesetzlich untersagt, Waffen in Krisenregionen oder an Staaten, die die Menschenrechte massiv verletzen, zu liefern.
3. Deutschland soll einen aktiven Beitrag für Frieden und globale Gerechtigkeit, nicht zuletzt im Rahmen der Vereinten Nationen, leisten. Für uns stand und steht immer das Zivile im Vordergrund. Es ist der grünen Mitregierung zu verdanken, dass Konzepte wie die „zivile Krisenprävention“ erstmals im außenpolitischen Handeln der Bundesregierung verankert wurden. Auch an der Entstehung einer zivilen Infrastruktur in Deutschland und auf europäischer Ebene haben wir maßgeblich mitgewirkt. Zivile Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung sind zentrale Anliegen grüner internationaler Politik. Diese wollen wir auch in Zukunft stärken und ausbauen.



4. Wir begrüßen Schritte hin zu einer Konversion von Rüstungsfirmen. Die Umstellung der Rüstungsindustrie auf eine zivile Produktpalette sollte in einer Marktwirtschaft allerdings vorrangig Aufgabe der Industrie selbst sein. Mit Blick auf den wachsenden Markt z.B. im Bereich ziviler Sicherheitstechnologien sollten Firmen in der Lage sein, strukturell auch ohne Förderprogramme auszukommen. Da diese aus Steuergeldern finanziert werden müssten, sollten sie wenn überhaupt Übergangslösungen darstellen. Im Übrigen haben die Unternehmen die Möglichkeit an anderen zivilen Förder- und Forschungsprogrammen des Bundes teilzunehmen.

(Ungekürzte Antwort vom 31.08.2017)